



Sehr geehrte Damen und Herren,

über zwei Jahrzehnte prägte Ministerpräsident Volker Bouffier den Bundesrat, zunächst als Innenminister Hessens, zuletzt als dienstältester Ministerpräsident Deutschlands. Am Freitag hielt er seine letzte Rede und wurde feierlich aus der Länderkammer verabschiedet. Mit ihm verlässt ein überzeugter Föderalist, Europäer und Demokrat die bundespolitische Bühne, die er wie kaum ein anderer mitgestaltete. Dabei waren ihm nicht nur die Interessen der Länder wichtig, sondern es war ihm auch ein Anliegen, den Bürgerinnen und Bürgern die Arbeit des Bundesrates bekannter zu machen und zu erklären, warum der Föderalismus ein fundamentaler Baustein unserer Demokratie ist. Volker Bouffier war die starke Stimme Hessens im Bundesrat.

Auch in seiner letzten Rede ließ er es sich nicht nehmen, in der Sache Stellung zu beziehen. Es ging um das 9-Euro-Ticket, den Tankrabbat und andere Entlastungsmaßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger. Insgesamt wurden 48 Tagesordnungspunkte beraten.

Der vorliegende Newsletter informiert Sie über aktuelle Themen des Bundesrates sowie Veranstaltungen in der Hessischen Landesvertretung Berlin.

Mit freundlichen Grüßen

Lucia Puttrich
Staatsministerin

BUNDESRAT - Plenarsitzung am 20. Mai 2022



© Henning Schacht

"Ein großer Föderalist verlässt den Bundesrat" Ministerpräsident Volker Bouffier wird nach über 23 Jahren verabschiedet

Die 1021. Sitzung des Bundesrates war das letzte Plenum, an dem der heute dienstälteste Ministerpräsident, Volker Bouffier, teilnahm. 23 Jahre war Volker Bouffier Mitglied des Bundesrates. Als Hessischer Minister des Innern und für Sport sowie ab 2010 als Hessischer Ministerpräsident. Der Präsident des Bundesrates, Ministerpräsident Bodo Ramelow, würdigte ihn als großen Föderalisten, der mit rhetorischem Geschick und vermittelnder Art eine Bereicherung war. Bouffier nahm an weit über 100 Plenarsitzungen teil und hielt 53 Reden.



© Bundesrat | Steffen Kugler

Gesetzentwurf des Bundestages Anpassung des Energiesicherungsgesetzes in Verbindung mit dem Gesetz zur Beschleunigung des Einsatzes verflüssigten Erdgases

Der Bundesrat hat heute Änderungen des Energiesicherungsgesetzes zugestimmt. Die Lage auf den Energiemärkten ist seit dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine angespannt. Wenn die Europäische Union ein Ölembargo gegen Russland verhängen sollte, könnte eine Gasmangellage eintreten. Um die Energieversorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten, müssen die Instrumente der Krisenbewältigung gestärkt werden. Daher soll die Möglichkeit einer Treuhandverwaltung über Unternehmen der kritischen Infrastruktur geschaffen werden. Außerdem ist die Möglichkeit von Preisanpassungen bei verminderten Gasimporten und großen Preissprüngen vorgesehen. Ministerpräsident Volker Bouffier meldete sich zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort.

>>> zum [Video](#)



© Henning Schacht

Gesetzentwurf des Bundestages

Regionalisierungsgesetz - Bundesrat stimmt über 9-Euro-Ticket ab

Der Bundesrat macht den Weg frei für das 9-Euro-Ticket. Die Länder haben dem Gesetz zur Finanzierung des so genannten 9-Euro-Tickets im Nahverkehr zugestimmt. Somit wird das ermäßigte Ticket zum 1. Juni 2022 eingeführt. Im Zuge der Beratungen hat der Bundesrat eine Entschließung verabschiedet, in der die Länder bemängeln, dass der Bund zu wenig Mittel zur Verfügung stellt, um alle mit dem 9-Euro-Ticket verbundenen Aufwendungen zu kompensieren. Der Bundesrat erwartet weitere Ausgleichszahlungen, wenn die Kosten höher ausfallen als bisher prognostiziert. Außerdem betont der Bundesrat, dass erhebliche weitere Mittel erforderlich sind, damit die Klimaschutzziele erreicht werden und fordert eine zusätzliche strukturelle und dauerhafte Erhöhung der Regionalisierungsmittel bereits ab 2022. Ohne eine solche Unterstützung werde es nicht möglich sein, die strukturelle Unterfinanzierung des öffentlichen Nahverkehrs zu beenden.

>>> Mehr unter [Bundesrat.de](https://www.bundesrat.de)



© Bundesrat | Steffen Kugler

Länderinitiative

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung

Der Antrag der Länder Nordrhein-Westfalen und Hamburg, dem Hessen beigetreten ist, erhielt heute eine breite Mehrheit im Bundesrat. Die Länderinitiative wird nun dem Deutschen Bundestag zur Beratung zugeleitet. Der Gesetzentwurf dient der Verbesserung des verwaltungsgerichtlichen Vollstreckungsrechts. Hintergrund sind vereinzelte Fälle aus der jüngeren Vergangenheit, bei denen Behörden ihren Verpflichtungen aus verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen nicht nachgekommen sind. Prominentes Beispiel aus Hessen ist der sogenannte Stadthallen-Fall Wetzlar. Der Wetzlarer OB weigerte sich im Jahr 2018 trotz entsprechender Entscheidungen des VG, des VGH und des BVerfG der NPD die Stadthalle für eine Parteiveranstaltung zur Verfügung zu stellen.

>>> Mehr unter [Bundesrat.de](https://www.bundesrat.de)

VERANSTALTUNGEN - Zu Gast in der Hessischen Landesvertretung Berlin

Schlenderweinprobe

18. Mai 2022

Schlendern, Genuss, Eintracht - ein Abend nach hessischem Geschmack

Staatsministerin Lucia Puttrich hat am Mittwoch gemeinsam mit Weinkönigin Annika Walther die traditionelle Schlenderweinprobe in der Hessischen Landesvertretung Berlin eröffnet. Einen Abend lang boten über zwanzig Winzerinnen und Winzer aus der Bergstraße sowie dem Rheingau facettenreiche Weine, wie die unverwechselbaren hessischen Rieslinge, Spät- und Weißburgunder, aber auch Schaumweine an. Die Weinverkostung im Garten der Landesvertretung wurde von rund 500 Gästen besucht, darunter Regierungsmitglieder, Bundestagsabgeordnete und Diplomaten, die bei sommerlich angenehmen Temperaturen einen guten Tropfen genießen konnten. Einen besonderen Tagesausklang erlebten die Teilnehmer in der Hessenstube bei der Liveübertragung des Finales der Europa-League, das die Bundesligamannschaft Eintracht Frankfurt in einem Elfmeter-Krimi für sich entscheiden konnte.



© Henning Schacht

TERMINVORSCHAU

Plenarsitzung des Bundesrates

Der Bundesrat wird am 10. Juni 2022 erneut zusammen treten.

Plenarwoche des Deutschen Bundestags

Die nächste Sitzungswoche des Deutschen Bundestags findet vom 30. Mai bis 3. Juni statt.

Sollten Sie kein Interesse an unserem Newsletter haben, dann klicken Sie bitte auf folgenden [Abmeldelink](#). Ihre Daten werden danach bei uns gelöscht.

Korrekturen Ihrer Kontaktdaten können Sie gerne an veranstaltungen@lv.hessen.de senden.

Wir speichern auf Basis von Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO Ihre Kontaktdaten, um Ihnen den Informationsdienst der Hessischen Landesvertretung zuzuschicken. Damit Sie diesen Newsletter auch zukünftig erhalten, speichern wir Ihre Daten dauerhaft, solange Sie der Speicherung Ihrer Daten nicht widersprechen.

Sie haben das Recht, von uns Auskunft über die bei uns zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten. Sie können der Speicherung widersprechen und haben das Recht auf Berichtigung, Sperrung/Einschränkung und Löschung Ihrer gespeicherten Daten.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Hessische Landesvertretung, In den Ministergärten 5, 10117 Berlin, datenschutzbeauftragter@lv.hessen.de.

Sie können sich über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei der zuständigen Aufsichtsbehörde beschweren. Das ist der Hessische Datenschutzbeauftragte, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden.

Bildnachweise Banner ©Henning Schacht (1., 2., 3., 4. v.l.), ©T. Koch (2.v.r.)

Hessische Landesvertretung
In den Ministergärten 5
10117 Berlin